

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N<sup>o</sup> 132.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

34. Jahrgang.  
Sonntag, den 10. Juni.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

## Der orientalische Wirrwarr.

Es mag für viele unserer Leser kein angenehmes Geschäft sein, den täglich wechselnden Stadien der ägyptischen Frage bis in ihre Einzelheiten zu folgen; wir wollen deshalb gern darauf verzichten, hier all' die Intrigen aufzuzählen, welche in den letzten Wochen am Nil gesponnen wurden und von denen freilich nur die wenigsten schon ganz offen zu Tage liegen. Aber einige allgemeine Bemerkungen über die Lage im Orient dürfen vielleicht auf Interesse rechnen, zumal die Vorgänge in Ägypten wahrscheinlich in der nächsten Zeit noch viel von sich reden machen werden.

Die ganze verlotterte orientalische Wirtschaft, die für unsere abendländischen Anschauungen kaum begreiflich ist und deren Erscheinung so seltsam anmutet, als wäre dies alles ein Märchen aus tausend und einer Nacht, wird durch diese Vorgänge wieder einmal recht hübsch illustriert. Zugleich aber kann man daraus lernen, daß diese verlotterte Wirtschaft doch noch gewisse, gar nicht zu unterschätzende Lebensglieder in sich birgt und daß alle diese Unbegreiflichkeiten, welche anderswo im Nu den Zusammenbruch eines Staatswesens herbeiführen müßten, im Orient keineswegs diese Wirkung haben; vielleicht weil alle diese Unbegreiflichkeiten im schönsten Einklang mit dem ganzen orientalischen Wesen stehen, also naturwüchsig sind; vielleicht aber auch, weil die Eifersucht der europäischen Mächte jene seltsamen Zustände unterstützt. Endlich aber kann man sogar zu der Anschauung kommen, daß der Europäer, wenn er mit orientalischen Dingen zu thun hat, leicht den Kürzeren zieht, eben weil er nicht mit den im Orient vorhandenen Faktoren, sondern mit seinen eigenen Anschauungen rechnet und sich also leicht verrechnet. Die Diplomatie der Westmächte scheint zur Zeit in diesem Falle zu sein.

Welches Interesse England und Frankreich an den Dingen in Ägypten haben, ist leicht ersichtlich. Die unsinnige Wirtschaft des vorigen Vizekönigs stürzte das Land in kolossale Schulden. Unter dem gegenwärtigen Khebid ist die Finanzlage nicht viel besser geworden. Die Gläubiger sind vorwiegend Engländer und Franzosen. Sie haben ihr Geld natürlich nicht aus reiner Menschensfreundlichkeit dahin gegeben, sondern für wucherische Prozente und unter Ermuthigung von Seiten ihrer Regierungen, weil diese es für rathsam hielten, daß ihre Landesländer allmählich am Nil festen Fuß fassen; die Engländer, weil für sie Ägypten die schönste Etappe auf dem Wege nach Indien ist; die Franzosen, weil für sie Ägypten ein wichtiger Stützpunkt für ihre afrikanische Politik werden kann.

Da sich bei diesen Plänen Engländer und Franzosen, wenigstens vorläufig, nicht in den Weg kommen, so können sie auch in aller Gemüthsruhe gemeinschaftlich operiren. Es fehlt ihrem Vorgehen sonach wieder an einem sehr gewichtigen materiellen Hintergrunde, noch an formellen Motiven. Wenn beide Mächte die bedrohten finanziellen Interessen ihrer Staatsbürger schützen wollen und sich also um die lieberliche Wirtschaft in Ägypten bekümmern, hie und da Einspruch thun, wohl auch einmal eingreifen, so können sie sich immer auf die bedrohten Gläubiger des Khebid berufen, deren Schutz ihnen obliegt.

Soweit wäre nun Alles ganz hübsch von England und Frankreich ausgedacht gewesen. Nun wissen aber die intelligenteren Mohamedaner schon seit langer Zeit ziemlich genau, welches Schicksal der Herrschaft des Islam von den europäischen Mächten zugebracht ist. Sie sind keineswegs gewillt, sich das ruhig gefallen zu lassen. In Ägypten hat sich eine sogenannte Nationalpartei gebildet, welche — ganz ebenso wie in anderen Ländern — der Ansicht huldigt, daß eigentlich nur die Fremden das Un-

glück ihres Landes sind und welche daher die Verdrängung der Fremden und ihres fremdländischen Einflusses erstrebt. Diese Nationalpartei besitzt in der Armee einen bedeutenden Anhang und hat in Arabi Bey, der sich dem Khebid als Ministerpräsident aufgedrängt hat und ihm trotz allen Sträubens im Nacken sitzt, einen ebenso schlaun als lähnen und energischen Führer. Ob Arabi die Nationalpartei nur benützt, um seine eigenen selbstsüchtigen Pläne zu verfolgen, oder ob ihm wirklich eine nationale Idee vorschwebt, ist gleichgiltig; soviel steht fest, daß er bisher mit vielem Geschick die Westmächte in Schach zu halten verstand.

Mit derselben Schlaueit aber haben sich auch die türkischen Diplomaten die Sachlage zu nütze gemacht und in den Wirren, welche durch die Einmischungsversuche der Westmächte und den Widerstand der ägyptischen Staatsmänner entstanden, so glücklich zu laviren gewußt, daß sie zwischen die beiden Streitenden kamen und dadurch die günstigste Position erreichten, die sich nur denken läßt. Der Pforte gelang es dadurch, die Westmächte von einem Eingriff in ihre eigene Machtphäre abzuhalten und gleichzeitig sich selbst den Mohamedanern gegenüber als Retter von der drohenden Eroberung durch die christlichen Mächte aufzuspielen. Wenn unter den Mohamedanern Afrika's der Glaube um sich greifen sollte, mit der Macht der Christen sei es gar nicht so weit her, und der Beherrscher der Gläubigen sei noch immer der Mann, welcher alle Gewalt in seinen Händen halte, so haben die Westmächte mit ihrer ägyptischen Politik zu diesem Resultat nicht wenig beigetragen. In Wirklichkeit arbeiteten sie nur für den Sultan und dessen Ansehen.

Deutschland hat natürlich keinen Anlaß, diese Wendung zu beklagen. Unsere Interessen für Ägypten liegen nicht da, wo England und Frankreich Stellung genommen haben; im Gegentheil ist jede Ausdehnung des Einflusses der Westmächte im Orient uns schädlich. Darum vertritt Deutschland im Verein mit Oesterreich, Italien und Rußland die Entscheidung der ägyptischen Wirren durch das Einvernehmen der europäischen Mächte, nicht durch einseitiges Vorgehen der beiden Weststaaten. Wenn wir auch nicht so weit gehen, wie mancher andere Politiker, der hinter all' den Schachzügen, wodurch Frankreich und England matt gesetzt sind, des deutschen Reichskanzlers Rathschläge sucht, so ist doch jedenfalls sicher, daß die Pforte nicht gewagt hätte, so energisch aufzutreten, wie sie es gethan, wenn sie nicht annehmen konnte, in Berlin werde ihre Haltung gebilligt.

## Tageschau.

Freiberg, 9. Juni.

Gestern nahm Kaiser Wilhelm die Vorträge des Ober-Hofmarschalls Grafen Büdler, des Hofmarschalls Grafen Perponcher und des Geh. Hofraths Bock entgegen und empfing nach 11 Uhr den Besuch des Großfürsten Vladimir von Rußland, welcher auf der Reise nach Italien am Morgen aus St. Petersburg in Berlin eingetroffen war. Demnächst begleitete der Kaiser den russischen Großfürsten persönlich nach der russischen Botschaft zurück. Im Laufe des Nachmittags arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Militär-Kabinetts General-Lieutenant von Albedyll und erteilte Audienz. — Der heutige Reichs- und Staats-Anzeiger veröffentlicht das Gesetz vom 31. Mai 1882, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze. — In Kassel wurde gestern Vormittag 10 Uhr folgendes Bulletin ausgegeben: Prinz Karl hat im Allgemeinen eine ruhige Nacht verbracht; das Allgemeinbefinden ist günstiger, das Bewußtsein freier. Schmerzen an der Bruststelle sind nicht vorhanden. — Am Montag wird im Reichstage die zweite Lesung des Tabakmonopols beginnen, und zwar ganz sicher unter Theilnahme des Fürsten Bismarck, welcher dann alsbald nach Kissingen abzureisen gedenkt. Die Reichstagsession könnte bereits am 17. d. M. schließen, besteht jedoch die Regierung, wie es den Anschein hat, auf Durchberathung

des Arbeiterkrankenversicherungsgesetzes, so kommt zweifellos das Ende des Monats heran, bevor die Session schließt. Sehr erregt gestalteten sich die Sitzungen der Tabakmonopol-Kommission zur Feststellung des Berichts durch die Behauptung des Regierungskommissars Unterstaatssekretär v. Mayr, daß seine Erklärungen tendenziös wiedergegeben seien. Man mußte sich wohl oder übel doch entschließen, den Bericht durch Aufnahme mehrerer dieser Erklärungen zu ergänzen. Die Vorgänge werden im Plenum noch ein Nachspiel erleben lassen. — Der Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen von Pommer-Esche tritt, wie die Elsaß-Lothringische Zeitung amtlich meldet, zum 1. Juli cr. einstweilen in den Ruhestand. Die Leitung der von ihm geführten Abtheilung des Ministeriums ist bis auf Weiteres dem Staatssekretär v. Hofmann übertragen worden. — Nachdem nach erfolgter Zustimmung der Staatsregierung durch päpstliches Breve vom 24. März dieses Jahres der seitherige Domherr, Kapitular-Bischof Dr. Franz Kaspar Drobe in Paderborn zum Bischof von Paderborn ernannt und von demselben die zur Uebernahme seines Amtes erforderliche Anerkennung des Königs nachgesucht worden ist, hat die Aushändigung der vom 17. Mai d. J. datirten Landesherrlichen Anerkennungs-Urkunde an den Bischof Dr. Drobe am 7. Juni d. J. durch den Ober-Präsidenten der Provinz Westfalen stattgefunden. — Von verschiedenen Seiten wird der bisherige Senatssekretär Dr. Jul. Schardt als muthmaßlicher Nachfolger des Geheimrath Dr. Engel in der Leitung des preussischen statistischen Bureau bezeichnet. — Wie das „B. L.“ aus Hamburg erfährt, unterhandelt die Firma Krapp mit dem Senat um Erwerbung der Elb-Insel Georgswerder, um dajelbst eine Anlage zu begründen, in welcher eiserne Schiffe gebaut werden sollen. In der gestrigen Senatssitzung kam die Angelegenheit zur Berathung. Der Senat beschloß indeß, der Firma vorzuschlagen, ihren Plan dahin zu ändern, daß das Etablissement auf dem Steinerwerder errichtet werde, der ihr in diesem Falle abgetreten werden würde.

In Oesterreich soll in der nächsten Parlamentssession ein neues Berggesetz eingebracht werden. Die Reform der Bruderladen soll darnach auf Versicherungs-technischer Grundlage, nicht nach dem Vorbild der deutschen Knappschaftsklassen erfolgen. — Im österreichischen Handelsministerium wird nach einer Mittheilung der „Presse“ gegenwärtig eifrig an dem Zustandekommen einer Industrie-Statistik gearbeitet. Im Laufe des Sommers werden die Fragebogen an die Fabriketablissemens hinausgegeben, auf welchen die Anzahl der Maschinen, der Spindeln, der Arbeiter zc. zu verzeichnen ist. — In der inneren Politik Oesterreichs vollzieht sich zur Zeit eine bedeutende Wandlung, um das Verhältniß zu den neu erworbenen Provinzen Bosnien und Herzegowina besser zu gestalten. Als Urheber derselben ist der neuernannte Reichsfinanzminister v. Kallay zu betrachten, der zunächst seine ganze Aufmerksamkeit auf Schaffung eines tüchtigen bosnischen Beamtenkörpers richten wird. Das ist allerdings leichter gesagt als gethan. Wohl stimmt Alles dgrin überein, daß das Beamtenmaterial sehr mangelhaft sei, aber leidet Niemand zu sagen, wie die tüchtigen und geeigneten Beamten für Bosnien und die Herzegowina so schnell zu beschaffen sind. Auch Herr v. Kallay wird zunächst mit den schon vorhandenen Kräften arbeiten müssen; aber es wird seine nächste und wichtigste Aufgabe sein, den Versuch zu machen, ob nicht mit dem gegenwärtigen Beamtenkörper den hervorgetretenen Mängeln abgeholfen werden kann. Ein Hauptfehler war es, daß sowohl die Verwaltungs- als auch die Justizbeamten zu wenig den Anschauungen der bosnischen Bevölkerung Rechnung trugen. Sie verschmähten es, in die Denkwiese derselben einzugehen, verlangten dagegen von ihr, daß sie sich nicht nur mit ihren Handlungen und Bedürfnissen, sondern auch mit ihrem Denken und Fühlen in die Schablone der österreichischen Bureaufkratie hineinfinde. Die Schaffung eines tüchtigen bosnischen Beamtenkörpers, welcher fähig ist, Pionierdienste der Zivilisation zu verrichten, ist das Erste und das Dringendste, was zu geschehen hat. Solche Opfer, wie die okkupirten Provinzen in diesem Jahre erfordert haben, können für die Zukunft nicht wieder gebracht werden. Dieses richtige Verhältniß herzustellen, darauf wird Herr v. Kallay alle seine Kräfte konzentriren. — Die Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn wollte eine Lieferung von fünf Sitzlokomotiven an die Württembergische Maschinenfabrik in Heilbronn vergeben. Vom Handelsminister wurde jedoch im Interesse der inländischen Industrie die Genehmigung verweigert.